

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Friedenskreis Pankow
Pfrn. i.R. Ruth Misselwitz
Kavalierstr. 13
13187 Berlin

Per Mail: ruth.misselwitz@alt-pankow.de

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.die-linke.de
Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEVXXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 23. Mai 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Ruth Misselwitz,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu

mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

1. Subventionierung der Rüstungsindustrie oder Finanzierung ziviler Krisenprävention?

a) Werden Sie sich in Ihrer (zukünftigen) Funktion als Mitglied des Europäischen Parlamentes gegen die Förderung von Rüstungsforschung und -entwicklung im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union in der vorgesehenen Höhe von 13 Mrd. Euro in der Laufzeit des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens von 2021 – 2027 einsetzen?

Ja. DIE LINKE fordert die öffentliche und transparente Kontrolle der EU-Fördermittel und lehnt die Verwendung von EU-Förderprogrammen für Rüstungsforschung und -produktion ab. Der Ausbau einer „Verteidigungsunion“ oder „Militärunion“ mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab. In einem von unserer Fraktion im Europäischen Parlament eingeholten Rechtsgutachten des renommierten Rechtswissenschaftlers Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen wird aufgezeigt, dass die Einrichtung des EVF gegen den Vertrag der Europäischen Union verstößt. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt nationaler Standortkonkurrenz.

b) Werden Sie sich für eine weiterhin eigenständige Finanzierung sowie die Stärkung des Entwicklungsfonds und der Instrumente für Stabilität und Frieden, für Demokratie und Menschenrechte und für Nachbarschaftshilfe einsetzen, um die Finanzierung von Programmen der zivilen Krisenprävention und der Menschenrechte nicht zu gefährden, sondern auszubauen?

Ja. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab. Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung Wirklichkeit werden lassen. Sie muss ein Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmischung sowie als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden. Die EU muss sich der Sicherung des Friedens verschreiben. DIE LINKE unterstützt die internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung, um gemeinsam Entspannungspolitik und Abrüstung voran zu bringen. Zivile Konfliktprävention und -bearbeitung wollen wir stärken. Wir wollen einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.

c) Werden Sie sich für ein Mitspracherecht des Europäischen Parlamentes im oben genannten Bereich bei der Mittelvergabe einsetzen?

Ja. Das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ der EU entscheidet in fast allen Politikbereichen gleichberechtigt mit dem Rat der EU über europäische Gesetzgebung. Doch dabei darf die EU nicht stehen bleiben. Der Rat der EU und mit ihm die Mitgliedstaaten sind weiterhin zu gewichtig. Noch immer sind ihm einige Politikbereiche exklusiv vorbehalten. Die demokratische Pluralität des Parlaments muss gestärkt werden gegen die Macht der Kommission, des Rats der EU und des Europäischen Rats. Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen, damit es selbst

Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen werden.

d) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation, Aufbau von Institutionen gestärkt und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Ja. Die LINKE spricht sich seit ihrer Gründung für eine Stärkung von Maßnahmen der zivilen Konfliktlösung aus. Es ist wichtig, dass in Gesellschaften – innerhalb wie außerhalb der EU – Wege aufgezeigt werden können, wie gesellschaftliche Konflikte entschärft und mit friedlichen Mitteln beigelegt werden können. Hierzu hat die EU viele Instrumente geschaffen, die aber ständig unterfinanziert sind. Wir lehnen Militärmissionen der EU strikt ab und fordern, diese Gelder den Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung zukommen zu lassen. Die bekannten Pläne der EU gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Die Zusammenlegung verschiedener Instrumente für die Friedensarbeit im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen nutzt die EU-Kommission, um die Gesamtausgaben für diese Zwecke signifikant zu kürzen. Gleichzeitig soll die geplante Europäische Friedensfazilität (EFF) im selben Zeitraum 10,5 Mrd. Euro aus den Mitgliedsländern erhalten. Jedoch nicht, wie der Name vermuten lässt, für Projekte der friedlichen Konfliktlösung, sondern v.a. zur Finanzierung von Militäreinsätzen und Militärausstattungen Dritter. Die LINKE lehnt diese Umetikettierung der Mittel entschieden ab. Unser Investitions- und Zukunftsprogramm für die EU umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Arbeitsplätze überführt werden. Die bestehenden Rüstungskapazitäten müssen umgebaut werden (Rüstungskonversion).

2. Stärkung der nicht-militärischen, gewaltfreien Krisenprävention.

a) Werden Sie sich im Europaparlament, z.B. in den Haushaltsberatungen oder im Falle einer Änderung der EU-Verträge, für die Entwicklung und Finanzierung handlungsfähiger Strukturen für die Krisenfrüherkennung, Konfliktbeilegung und Nachsorge im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) einsetzen, die eine nachhaltige Stärkung der zivilen Dimension der GSVP zum Ziel hätten?

Ja. DIE LINKE hat ihren Einsatz für Frieden an den Anfang ihres Europawahlprogramms gestellt. Wir sehen mit Sorge die zunehmende Militarisierung der EU. Die sogenannte „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) lehnen wir ab. Geradezu absurd finden wir den Vorschlag, einen deutsch-französischen Flugzeugträger zu bauen. Wir brauchen stattdessen eine Friedensdividende: weniger Geld für Rüstung, mehr Geld für zivile Krisenprävention. Dafür setzen wir uns ein, z.B. mit der Idee, einen Europäischen Zivilen Friedensdienst aufzubauen und im Rahmen der EU-AKP-Partnerschaft (Partnerschaft der EU mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) einen Afrikanischen Zivilen Friedensdienst anzuregen und ggfs. zu unterstützen. Das wäre ganz sicher hilfreicher als die gegenwärtigen Ausstattungs- und Ertüchtigungsprogramme für afrikanische Armeen.

b) Welche Möglichkeiten sehen Sie im Umgang mit Russland und der Ukraine, welche Rolle könnte das Europaparlament zur Deeskalation des Konflikts leisten? Setzen Sie sich auch in diesem Konflikt er eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und Austausches für Frieden, Menschen- und Minderheitenrechte durch die EU ein?

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist mit der bisherigen konfrontativen Herangehensweise nicht gelöst worden. Die Sanktionen gegen Russland haben Gespräche erschwert. Die EU hat mit der Durchsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine nicht nur die Ukraine und Russland gegeneinander aufgebracht, sondern auch die Spaltung in der ukrainischen Gesellschaft vertieft. Insofern hat die EU eine Verantwortung, aktiv für ein künftiges gutes Einvernehmen zu werben. Das kann nur gelingen, wenn alle Interessen verstanden und berücksichtigt werden, auch die von Minderheiten in der Ukraine und auf der Krim. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen gehört für uns selbstverständlich dazu. Das Europäische Parlament könnte eine konstruktive Rolle spielen, z.B. im Austausch mit russischen und ukrainischen Parlamentariern, wenn es zu einer ausgewogenen Haltung fände. Eine starke linke Fraktion würde sich in diesem Sinne einsetzen.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Vereinten Nationen und ihre Regionalorganisationen, vor allem die OSZE, darin unterstützt, ihre Instrumente zur Vorbeugung und friedlichen Streitbeilegung auszubauen und zu nutzen?

Ja. Wir wollen die UNO und das Völkerrecht stärken. Langfristig wollen wir ein Deutschland, eine EU und eine Welt ohne Armeen und ohne Kriege. Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie muss das zentrale Forum für eine gesamteuropäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden, die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver Sicherheit und der Abschaffung aller Armeen zielt. Ein erster Schritt ist die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.

3. Europäische Rüstungsexporte

a) Werden Sie sich für ein EU-Waffenembargo für die im Jemen-Krieg involvierten Staaten einsetzen und die Einhaltung auch gegenüber den Nationalstaaten einfordern?

Ja. DIE LINKE setzt sich für ein Exportverbot von Waffen und Rüstungsgütern aller EU-Staaten für alle Krisen- und Kriegsgebiete ein. Das schließt eine umgehende Einstellung aller Lieferungen an Saudi-Arabien und alle anderen Teilnehmer der Kriegs-Koalition im Jemen selbstverständlich ein. Die aktuelle Diskussion um die Einhaltung deutscher Waffenexport-Standards mit Blick auf die derzeitige Praxis des Exports von Waffen, die in Kooperation mit anderen EU-Staaten hergestellt werden, muss dringend vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Nicht der Umstand, dass europäische Waffenexporte durch deutsche Richtlinien eingeschränkt werden könnten, ist skandalös, sondern dass angesichts des Mordens im Jemen europäische Waffenexporte z.B. nach Saudi-Arabien überhaupt noch möglich sind. Auch Dänemark, Finnland, die Niederlande und Norwegen haben nun angekündigt, dorthin keine Rüstungsgüter mehr auszuführen. DIE LINKE tritt in diesem Sinne für ein sofortiges und dauerhaftes EU-weites Embargo gegen die kriegsführende Koalition im Jemen ein.

b) Werden Sie sich — angesichts der hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen — für ein EU-weites Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition an Länder außerhalb der EU einsetzen?

Ja. Die EU hat sich zwar 2005 eine Kleinwaffen-Strategie gegeben, die die „Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition sowie des unerlaubten Handels damit“ zum Ziel hat. Konkrete Schritte bezüglich eines Gemeinschafts-Vorgehens zur Verhinderung von Kleinwaffen-Exporten aus EU-Ländern gibt es aber auch hier nicht. DIE LINKE hat sich konsistent für ein Exportverbot von Kleinwaffen auf nationaler Ebene stark gemacht, und trägt zur Skandalisierung dessen bei, was die exportierten Waffen z.B. des Herstellers Heckler & Koch in ihren Bestimmungsländern anrichten. DIE LINKE wird Vorstöße in Richtung einer Initiative zum Verbot von Kleinwaffen auf EU-Ebene nachdrücklich befürworten und unterstützen.

c) Werden Sie sich auf EU-Ebene für mehr Transparenz und einheitliche Berichtspflichten für die Mitgliedsstaaten, die die Rechenschaftspflicht für strittige Exporte einschließt, einsetzen?

Ja. Ungeachtet des Fakts, dass Rüstungsexporte von EU-Staaten nach wie vor in der Verantwortlichkeit nationalen Rechts entschieden werden, befürwortet die LINKE jeden politischen Schritt in Richtung der Bekämpfung von Rüstungsexporten. Schritte zu mehr Transparenz und eine umfassende Berichtspflicht können dazu beitragen, die Problematik in die Öffentlichkeit zu tragen. Gleichzeitig darf man sich aber keinen Illusionen hingeben: Die Institutionen der EU, allen voran die Kommission und die EDA, arbeiten seit Jahren daran, die Rüstungsindustrie der EU-Länder zu protegieren (siehe d). Transparenz allein wird daher nicht automatisch zu einer wirksamen Eindämmung von Rüstungsexporten aus EU-Staaten führen.

d) Werden Sie sich für Mechanismen wie etwa Sanktionen einsetzen, um die konsequente Auslegung und einheitliche Umsetzung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts durch die Mitgliedsstaaten zu gewährleisten?

Ja. Die EU-Mitgliedsstaaten Frankreich und Deutschland gehören seit Jahren zu den TOP 5 der Rüstungsexporteure auf dieser Welt. Dies wird auch durch die EU nicht angegangen. Zwar hat die EU mit dem Gemeinsamen Standpunkt des Rats zu Waffenexporten (2008/944/CFSP) ein Regelinstrument, dies kann aber – bedingt durch seine Vagheit und fehlende Kontroll-Sanktionierungsinstrumente auf EU-Ebene – im Großmaßstab umgangen werden. Hinzu kommt leider: Die EU-Institutionen bringen gar nicht den politischen Willen auf, Rüstungsexporte einzudämmen, denn man erhofft sich durch sie eine weitere Effektivierung des Rüstungsmarktes und den Erfolg der europäischen Rüstungskonzerne. Die Kooperationen zwischen französischen und deutschen Rüstungskonzernen, z. B. von Nexter und Krauss-Maffei-Wegmann für einen neuen europäischen Kampfpanzer ab 2025, werden von den EU-Institutionen unterstützt. Nicht umsonst fordern Konservative in Deutschland aktuell eine Europäisierung der Rüstungsindustrie, um auch die noch bestehenden Beschränkungen bei Waffen- und Rüstungsgüterexport aus der Bundesrepublik zu schleifen. Die LINKE stellt sich dagegen, dass Interessen der Rüstungsindustrie und strategisches Geltungsstreben der EU zu einem weiteren Anstieg beim Verkauf von Waffen aus der EU, bzw. zur Unterstützung der weiteren Entwicklung modernster Waffen dort führen. Wir fordern vielmehr eine Auslegung des Gemeinsamen Standpunkts im Wortsinne, und die Schaffung von effektiven Instrumenten, mit denen man Verstöße dagegen sanktionieren kann – als Schritt hin zu einem umfassenden dauerhaften Verbot von Rüstungsexporten aus EU-Staaten. Schritte hin auf diesem Wege werden nur durch dauerhaften Druck einer engagierten Öffentlichkeit zustande kommen, wofür die LINKE weiterhin mit außerparlamentarischen Bewegungen zusammen arbeiten muss und wird.

4. Asyl und Migration

*a) Werden Sie sich für den Ausbau und die Ausweitung sicherer und regulärer Wege für Schutzsuchende und Migrant*innen einsetzen?*

Unterstützen Sie:

- schnelle und großzügigere Familienzusammenführung für Asylsuchende und Flüchtlinge
- größere Kontingente für Flüchtlingsansiedlung in Europa (Resettlement),
- Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU (Relocation),
- Humanitäre Visa, wie vom EP im Dezember 2018 gefordert,
- legale Migration für Arbeit, Studium und Ausbildung?

Ja. Wir haben alle diese Forderungen aufgestellt. Wir setzen uns für legale und sichere Zufluchtswege in die EU für Schutzsuchende, aber auch für eine Ausweitung der legalen Einwanderungsmöglichkeiten für Migrant*innen im Allgemeinen ein. Alle von Ihnen genannten Erleichterungen unterstützen wir. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu unter anderem: "Fluchtwege nicht versperren! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht den Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt werden. (...) Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR. Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Visa-Liberalisierung ein. (...) Familien vereinen! Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär« Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens. Das Nachzugsrecht für Flüchtlinge muss effektiv umgesetzt werden. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige."

b) Setzen Sie sich für eine EU-weite dezentrale Unterbringung und ein dezentrales Aufnahmeverfahren in Europa ein?

Ja. Geflüchtete wollen wir dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen wollen wir reguläre Geldleistungen. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und Abschottung. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, sexuelle, religiöse und ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden. Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (egal ob in sogenannten „Rückkehr-“ „Transit-“ „kontrollierten Zentren“ oder „Hotspots“) wollen wir abschaffen.

Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integration nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die

Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Unsere Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

c) Setzen Sie sich für die Umsetzung der bestehenden gemeinsamen Asylrechts-Standards ein?

Ja. Die Einhaltung vereinbarter Asylrechts-Standards sollte eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit sein. Natürlich verteidigen wir erreichte Mindeststandards im EU-Asylrecht. Darüber hinaus setzen wir uns aber für eine grundlegende Verbesserung der asylrechtlichen Bestimmungen im Sinne der Schutzsuchenden und im Sinne einer effektiven Gewährleistung des Grundrechts auf Schutz und Asyl ein. Den geplanten Verschärfungen im Rahmen der zweiten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems treten wir entschieden entgegen.

Statt nationaler Alleingänge wollen wir eine Flüchtlingspolitik, die der Verantwortung der EU gerecht wird. Die EU-Kommission muss endlich gegen die Länder vorgehen, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine faire Verteilung von Geflüchteten in der EU wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitgliedstaaten, die überproportional viele Flüchtenden bei sich aufnehmen, sollen entsprechend große Ausgleichsummen erhalten.